

## Einführung

### I.

Dieses Buch handelt von Versuchen, die Kooperation zwischen Kindertagesstätten (Kita), Hilfen zur Erziehung (HzE) und Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) zu verbessern und in sozialräumlicher Perspektive zu qualifizieren. In allen Bereichen gibt es ja schon des Längeren die Diskussion und das Versprechen, HzE wie Kindertagesbetreuungen durch vermehrte oder verbesserte Kooperationen und eine stärkere Öffnung in den sozialen Raum leistungsfähiger zu gestalten. Dazu gibt es relativ konsistente Vorlagen (z. B. Hinte/Treeß <sup>3</sup>2014; Früchtel/Cyprian/Budde 2007; Deutschendorf u. a. 2006), aber auch Begründungen, die entsprechend ihrer Herkunft aus Politik, dem Kita-Kontext, aus HzE-Diskursen oder unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Begründungen differieren und unterschiedliche Positionen favorisieren.

Hiermit sind auch bereits – jenseits der Betroffenen – die entscheidenden Akteur\*innen, die das Feld der HzE wie der Kitas strukturieren, benannt. Ohne dass durch politische Akteur\*innen im Kontext sozialstaatlichen Handelns entsprechende rechtliche, finanzielle und infrastrukturelle Mittel zur Verfügung gestellt werden, können weder HzE noch Kita dauerhaft und flächendeckend operieren. Der Preis für diese Ressourcenbereitstellung ist, dass in die geförderten Maßnahmen politisch-kulturelle (und historische) Problemdefinitionen sowie Ziel- und Bewertungsdimensionen eingeschrieben sind, die vorrangig den Interessen und Eigensinnigkeiten der jeweiligen Instanzen folgen (Offe 1972; Dollinger u. a. 2017; für den Kita-Bereich: Mierendorff 2013). Dass Organisationen und Professionelle mit vergleichsweise großen Ermessensspielräumen für die Erbringung der Leistungen zuständig sind, verkompliziert die Situation noch. Unterschiedlichste empirische Forschung belegt, „dass Organisationen nicht schlicht als Einrichtungen betrachtet werden können, die öffentliche Problemdefinitionen einfach umsetzen. Im Gegenteil weisen sie eine komplexe Eigensinn-

nigkeit bzw. distinkte Formen des ‚Sensemaking‘ (Weick 1995) auf, so dass kontextuelle Handlungsaufträge spezifiziert und je nach organisational verfügbaren und plausibilisierbaren Handlungsoptionen realisiert werden“ (Dollinger u. a., a. a. O.: 10). Unterschiedliche Konzeptionen, auch mit gegenläufigen Adressierungen im Vergleich zu den institutionalisierten Vorgaben, zeigen dies plastisch, wenn etwa jugendliche Normabweichler\*innen als Träger von Innovationen und nicht als Objekte erzieherischer Einflussnahme angesehen werden.

Die auch immer normativ aufgeladenen Bilder, die Institutionen und Professionelle von ihren Klient\*innen haben und inszenieren (oder dies zumindest versuchen), kollidieren allerdings manchmal mit der Realität und empirischen Vielfalt von Kindern und Eltern sowie deren eigentätiger Art und Weise, in der sie sich die Hilfs- und Erziehungsangebote aneignen bzw. mit ihnen differenziert umgehen. Als Produzent\*innen oder zumindest Ko-Produzent\*innen der Gestaltung und Auswirkungen von Hilfen und Erziehung, wo diese nicht als Dressur erscheint, be- und verarbeiten sie die Teilnahme an solcherart Bildungsprozessen auf der Grundlage biographischer Vorerfahrungen oder Bewältigungsmuster und sozialstrukturell-materieller und sozialräumlich erscheinender Chancenstrukturen. Diese gestalten sich – trotz flächendeckender Investitionen im Kita-Bereich und steigender Fallzahlen im Bereich der HzE – aber zunehmend disparitär, was u. a. mit dazu beigetragen hat, den sozialen Raum – jenseits der klassischen oder kritischen Gemeinwesenarbeit (vgl. Peters 1983) – für die Armutsbekämpfung in EU-Programmen und Soziale Arbeit insgesamt wieder zu entdecken.

Das in der (Fach-)Öffentlichkeit und Politik wahrgenommene Gemeinsame an der Sozialraumorientierung ist vordergründig der Versuch, ein dreifaches Versprechen einzulösen:

HzE und Kita sollen durch eine Orientierung auf den sozialen Raum für die Menschen, die auf diese Leistungen angewiesen oder davon betroffen sind, hilfreicher oder inklusiver bzw. weniger ausgrenzend und lebensweltlicher und damit auch – sowohl geographisch als auch niedrigschwelliger – erreichbarer gestaltet werden.

Zweitens sollen die Organisationen durch die mit einer Sozialraumorientierung verbundenen Veränderungen selbst profitieren und einen Professionalisierungs- und Legitimationsschub erhalten.

Und drittens schließlich sollen sich diese Prozesse zumindest im Bereich der HzE möglichst auch wirtschaftlich – u. a. durch Stärkung von Regeleinrichtungen vor Ort und Fallvermeidungen – kostenreduzierend oder Ausgabensteigerungen beschränkend auswirken.

Unter Sozialraumorientierung wird dabei, ungeachtet einer notwendigen theoretischen Verständigung (s. Teil I), (kommunal-)politisch und verwaltungsseitig zunächst eine Orientierung an Quartieren „unterhalb der Stadt- bzw. Kreisebene verstanden [...], die über die Herstellung sozialer Bezüge oder Milieus identitätsstiftend wirken und Fokus für soziales und politisches Handeln sind.“ Unter „sozialräumlichen Ansätzen in den Hilfen zur Erziehung“ werden Strategien verstanden, die „die Planung und Erbringung von Leistungen im Kontext sozialräumlicher Bezüge verorten, diese umsetzen, auf deren Wirkungen Bezug oder auf deren Gestaltung Einfluss nehmen. Zentrale sozialräumliche Bezüge sind dabei die sozialen und kulturellen Regelangebote. [...] Durch eine bessere Abstimmung mit den Angeboten des Regelsystems können somit bereits Hilfeeffekte erzielt werden, die einen Übergang in Hilfen zur Erziehung vermeiden helfen bzw. zur Inanspruchnahme weniger intensiver Hilfen führen.“ (JFMK 2013: 17)

Als eine Anforderung an die zukünftige Entwicklung der Hilfen zur Erziehung, schlussfolgert die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK), sei zu überlegen, wie die Hilfen zur Erziehung „stärker mit Angeboten der Regelsysteme verknüpft werden können. Hierzu gehört auch, dass Schnittstellen und Übergänge zu Regelsystemen“ – insbesondere auch der Kindertagesbetreuung – „wechselseitig konkret und verbindlich beschrieben und ausgestaltet werden müssen. [...] Hier ist zu erörtern, wie das Verhältnis (der) Leistungserbringung zwischen Hilfen zur Erziehung und den anderen Angeboten der Regelversorgung im Rahmen des KJHG im Hinblick auf die Gestaltung und Priorisierung neu justiert werden kann.“ (Ebd.: 20)

(Grund-)Schulen, die aber nur partiell in die Zuständigkeit des KJHG (SGB VIII) fallen, wechselweise die Offene Kinder- und Jugendarbeit, Beratungsstellen und insbesondere Kitas, deren Besuch für die allermeisten Kinder inzwischen ein Teil ihrer Alltagsnormalität darstellt, stehen deshalb in den letzten 15 – 20 Jahren im Fokus der fachpolitischen Aufmerksamkeit. Zunehmend richtet sich die Fachdiskussion dabei jenseits von Fragen der Quantität und rechtlich garantierter Realisierbarkeit von Kitaplätzen auf die Qualität der Angebote der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung (FBBE). Diesbezüglich dominieren drei Diskussionslinien, die alle auf die Funktionen von Kitas als Regelinstitutionen im Kontext sozialer Disparitäten abheben: (1) Kitas als Bildungseinrichtungen, (2) Kitas als soziale Inklusionseinrichtungen sowie (3) Diskussionen um Aufgaben von Kitas im Kontext des Kinderschutzes (vgl. Lochner 2018).

Es werden Programme für einen möglichst frühen Kitastart und zusätzliche resilienzstärkende präventive Angebote an Kinder und ihre Familien entwickelt, aber da ein rein kindzentrierter Handlungsauftrag als wenig nachhaltig eingeschätzt wird, votieren viele kommunale Programme für die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren (vgl. ebd.).

Folgt man den Einschätzungen z. B. des 14. Kinder- und Jugendberichts (KJB) oder dem Strategiepapier der JFMK vom Juni 2013, dann ist ein zentrales Ziel der Weiterentwicklung der HzE, Unterstützungs- und Hilfebedarfe frühzeitig zu erkennen und Hilfen so auszugestalten, dass sie nachhaltig sind und für die betroffenen Kinder, Jugendlichen und ihre Familien positive Entwicklungsperspektiven sichern, wozu auch gehört, ihr normales Lebensumfeld zu erhalten, zu entwickeln und biographische Brüche und Beziehungsabbrüche sowie negative Karrieren möglichst zu vermeiden. Dazu gibt es inzwischen im Feld Kita – HzE vielfältige regionale, integrative und vernetzende Formate (vgl. Teil I; Lochner 2018), aber dennoch tun sich HzE und Kita schwer mit der Kooperation.

Historisch bedingt gibt es in Deutschland seit den Regularien des Jugendwohlfahrtsgesetzes (JWG) in der Restaurationsphase nach dem

Zweiten Weltkrieg bislang eher wenig Verbindungen zwischen der Kitabetreuung und Einrichtungen und Diensten der Hilfen zur Erziehung<sup>1</sup>, obgleich beide Teil der Kinder- und Jugendhilfe sind und man § 1 des KJG/SGB VIII als Klammer gemeinsamer Aufgaben betonen könnte. Aber die Aufgaben der beiden Leistungssegmente sind auf den ersten Blick sehr verschieden. Geht es einerseits primär um Bildung, Betreuung und Erziehung zunehmend für alle Kinder, so andererseits historisch bedingt eher um Nothilfe, also z. B. ein Eingreifen in Not-situationen (Stichwort: Kindeswohlgefährdung) und um Hilfen in prekären Lebenssituationen oder darum – im Selbstverständnis helfend, aber objektiv kontrollierend –, einzuschreiten, wenn Eltern/Sorgeberechtigte eine Erziehung zum Wohl des Kindes nicht (vollständig) gewährleisten können. Letzteres zeigt sich u. U. auch in abweichendem oder normverletzendem Handeln. Hier treten dann die Hilfen zur Erziehung auf den Plan, die von niedrigschwelliger Beratung, ambulanter Unterstützung bis zu familienersetzenden Maßnahmen reichen können. Aus diesen unterschiedlichen Aufgaben und Zielstellungen ergab sich eine zunehmend spezialisierte, deutlich unterschiedene und auch durch unterschiedliches Wissen und unterschiedliche berufliche Selbstverständnisse gespeiste (Berufs-)Praxis.

## II.

Genau an dieser Stelle setzt das Projekt an, über das in diesem Buch berichtet wird. Das Modellprojekt zur „Integration von Hilfen zur Erziehung in Kindertageseinrichtungen und mehr Sozialraumbezug“ von fünf in verschiedenen Regionen – Celle, Erfurt, Frankfurt (Oder),

<sup>1</sup> Im RJWG der Weimarer Republik in der Fassung von 1922 gibt es allerdings diese enge Verbindung; dort wird der Kindergarten als „nebenfamiliale Nothilfeeinrichtung“ (Reyer 2006: 47ff.) und als Fürsorgeleistung für hilfsbedürftige Minderjährige (§ 3 RJWG) genannt.

Greven, Rhein-Neckar-Kreis – angesiedelten Trägern (s. Teil II), die sowohl Kita-Angebote vorhalten als auch Hilfen zur Erziehung erbringen, zielt auf eine Reform der Schnittstelle und der Zusammenarbeit von Kita und HzE unter stärkerem Lebenswelt- und Sozialraumbezug. In enger, sozialräumlich ausgestalteter Kooperation von Öffentlichem und Freiem Träger sollen die Ausgangslagen für Erziehungs- und Unterstützungsleistungen verbessert werden. Im Erfolgsfall führt dies zu einem Hilfsangebot, das situativ zur Vermeidung notwendiger formeller Hilfen zu Erziehung („Fälle“) durch die veränderte Kooperation von HzE und Kita und durch Integration und Flexibilität von Betreuungs- oder Hilfesettings sowie Nutzung sozialräumlicher Ressourcen beitragen kann. Insofern dabei die Interessen und Bedürfnisse Betroffener systematisch berücksichtigt werden, *kann* dies – über eine auch sozialräumlich zum Ausdruck kommende veränderte Infrastruktur für ein gelingendes Aufwachsen – zu einer verbesserten Ausgangslage und zu verbesserten Hilfeoptionen für betroffene Kinder und deren Familien führen. Durch die Erarbeitung einer nicht ausgrenzenden Hilfe-philosophie sowie der Schaffung einer gemeinsamen Sprache und Fallverantwortung, gekoppelt mit konkreten Maßnahmen und Methoden, sollen Ausgrenzungen einzelner Kinder vermieden und die Früherkennung und Bearbeitung von Hilfebedarfen gestärkt und entsprechende Angebote kooperativ zwischen Kita und HzE entwickelt werden.

### III.

Reformen sind, wie jeder weiß, keine linearen Prozesse, die von der Planung und Entscheidung bis zur Durchführung gradlinig auf das vorgezeichnete Ziel hin verlaufen. Und Evaluationen oder – wie wir in diesem Fall vorziehen zu sagen – wissenschaftliche Begleitungen, zumal wenn sie prozessnah operieren, werden fast automatisch in das mikropolitische Ringen um Wissen, Information und Prestige verwickelt, das sich ergibt, sobald eine Reformabsicht auch nur bekannt wird (vgl. Wolff/Scheffer 2003). Dies ist umso wahrscheinlicher, wenn

es um Veränderungen in Feldern geht, in denen nicht nur die zwei sozialpädagogisch/sozialarbeiterisch geprägten Professionen und ihre Traditionslinien aufeinandertreffen, sondern wie in unserem Fall auch zusätzlich Vertreter\*innen von Disziplinen wie Medizin (Psychiatrie), Recht, Psychologie, Erziehungswissenschaft usw., die z. T. über mehr Reputation verfügen und nachhaltig unser Bild vom Kind und dessen gesundem Aufwachsen geprägt haben und nach wie vor prägen. Unterschiedliche Interessen werden des Weiteren auch eingespeist durch Politik, Organisationen (oder Abteilungen) oder anderweitig relevante Umwelten. Es kommt zu Stellungnahmen für und wider, zu Festlegungen und zu Vorwegnahmen der verschiedensten Art. Und manchmal kommen auch nicht erwartbare Zufälle hinzu, die man nicht beeinflussen kann. Es treten Verzögerungen auf und es stellt sich ein Hin und Her zwischen alten und neuen Vorstellungen ein ...

Zwar gibt es ein relativ stabiles Grundwissen über einzelne Reformprojekte, es gibt auch z. T. empirisch abgesichertes Wissen, wie Praxis funktioniert und wie eine weniger ausgrenzende und responsive Kinder- und Jugendhilfe insgesamt aussehen könnte, aber Wissen allein reicht nicht. Gute Vorschläge und Ideen reichen nicht. Man braucht Personen, die für eine Sache brennen (die ‚local heroes‘), und man braucht in Kooperation erarbeitete Verfahren, um einen Reformprozess auch personenunabhängig zu stabilisieren (vgl. Langhanky u. a. 2004; Deutschendorf u. a. 2006).

Reformprozesse müssen auch, und das ist eine Erkenntnis, die wir in unserem Prozess, in dem wir die Praxisentwicklung an den verschiedenen Orten begleitet und nicht primär evaluiert und (vergleichend) bewertet haben, bestätigt gefunden haben, durch eine Geschichte (eine starke Idee, eine gemeinsame ‚Philosophie‘, ein Narrativ) zusammengehalten werden. Das vorliegende Buch spiegelt auch dieses Narrativ und ist zugleich ein Teil dessen. Es handelt vom „Hinauswärts-Denken“. „Hinauswärts-Denken“ (vgl. Früchtel/Budde/Cyprian 2007: 24) beginnt nicht bei einem Ziel, sondern bei einem Ausgangspunkt, bei der eigenen Praxis, über die man beginnt, hinauszudenken.

## IV.

In einem ersten längeren Teil (Teil I) wird der Gesamtprozess des Projekts reflexiv im Licht sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse dargestellt und gesellschaftlich verortet. Damit wird weder eine eindeutige Erfolgsgeschichte noch eine des Misserfolgs rekonstruiert, sondern die Strategien und Aktivitäten der Akteur\*innen vor Ort werden als mal mehr, mal weniger erfolgreiches Handeln auch in ihren – praktischen wie gesellschaftspolitischen – Ambivalenzen erkennbar. Durch das Aufzeigen unterschiedlicher Bezugnahmen auf verschiedene Wissensbestände zur Begründung des Handelns wird die Relativität und soziale Konstruktion der Praxis betont.

Zu den unterschiedlichen Textsorten, mit denen wir hier experimentieren, nur so viel: Wer an einer sozialwissenschaftlich-analytischen Betrachtung interessiert ist, dem seien Kap. 1–3 empfohlen. Kapitel 4 – mit Vortragselementen und insofern auch leser\*innenfreundlicher (insb. Kap. 4.3) – und 5 sind mehr oder weniger an der Empirie entlang formuliert, wobei Kapitel 5 eine einfache Variante empirischen Vorgehens dar- und vorstellt, die auch in praktischen Arbeitszusammenhängen genutzt werden kann. Kapitel 6 schließlich fasst die teilplenare Abschlussdiskussion zusammen.

Im zweiten Teil des Buches (II) finden sich vier Reflexionsberichte und Überlegungen zur Weiterarbeit aus Sicht verantwortlicher Akteur\*innen aus den jeweiligen Regionen und der verschiedenen Träger. Im Vergleich zum ersten Teil überwiegen eher programmatische bzw. präskriptive Aussagen auch da, wo konkrete Erfahrungen vorliegen. Die Aussagen handeln manches Mal eher von Soll- als von Ist-Zuständen bzw. changieren zwischen beiden. Dies ist insoweit verständlich, als die Beiträge offensichtlich Engagement wecken wollen, eine veränderte Praxis begründen, Argumente liefern, mit denen sich Kritik entkräften lässt, die im Falle der empfohlenen Neuorientierung unumgänglich – auch im jeweils eigenen Haus – zu erwarten ist. Schließlich müssen sie plausibel machen, weshalb die Veränderung überhaupt wünschenswert, interessant, innovativ, moralisch vertretbar ist und die

‚eigentlichen Ziele‘ der jeweils eigenen Arbeit zumal in Konkurrenz zu anderen Paralleldiskursen besser zu erreichen verspricht.

Daran knüpft Teil III direkt an. Darin geht es um Anstöße zur Praxisentwicklung, um die Frage, *wie* und *wodurch* methodisch unterstützt das Hinaus-Denken angeregt werden kann, oder welche bewährten methodischen Ansätze es bereits gibt, bzw. was man berücksichtigen sollte, wenn man die Kooperation zwischen Kita, HzE und ASD zu verbessern und – in sozialräumlicher Perspektive – zu qualifizieren sucht. Dabei scheint uns zentral, dass Veränderungsprozesse in den Feldern Interaktion und Organisation sowie Individuum und Sozialraum angestoßen werden bzw. deren Zusammenspiel neu strukturiert wird. Zur Gestaltung dieser Entwicklungsaufgaben haben wir methodische Anregungen zusammengestellt, die zum Teil schon in den Projektregionen genutzt wurden und werden – aber auch darüber hinausgehen.

Insgesamt – und deshalb auch der Titel „Innovation in kleinen Schritten“ – sind Prozesse wie hier geschildert für die Beteiligten anstrengend, dauern länger, als man zunächst denkt, vollziehen sich in Sprüngen und nicht linear, aber sind auch freudvoll und machen Spaß, weil sie die eigene Entwicklung fördern und sich innovativ sowie professionell anregend entwickeln.

Friedhelm Peters, Stefan Lenz, Valentin Kannicht, Diana Düring  
*Dresden, Wilhelmsfeld, Leipzig, Jena im April 2018*